

Lohndumping

Reden wir mal über Wirtschaft

Sie ist der steinerne Gast, der am Tisch sitzt und über den man nicht spricht: die Ökonomie. Sicher, über den Franken wird geredet und über die Banken. Aber über das, was sich im Alltag an und mit vielen vollzieht, wird geschwiegen.

Die Gewerkschaftszeitung „Work“ hat in ihrer neusten Ausgabe die Zustände im Baugewerbe geschildert. Die grossen Bauunternehmen agieren zunehmend nur noch als Generalunternehmer und lagern die Arbeit aus, an Subkontraktoren, die sie wiederum an Subkontraktoren weitergeben. Am Ende der Fresskette stehen bei den sogenannten Unterakkordanten die LeiharbeiterInnen, die noch ein paar Franken oder Euro pro Stunde verdienen. Solche Zustände und solches Lohndumping gibt es auch in anderen Bereichen, etwa im Gesundheitswesen. Deutsche und osteuropäische PflegerInnen werden in die Schweiz gekarrt, für zeitlich begrenzte, aber intensive Einsätze, mit denen Sozialabgaben umgangen werden können.

Die öffentliche Hand macht mit bei der Prekarisierung, etwa die Stadt Bern beim Bau einer Kehrlichtverbrennungsanlage. Oder die Basler Verkehrsbetriebe bei der Wagenreinigung. Oder die Post bei ihrem Rationalisierungsprojekt Distrinova.

Gewerkschaftspräsident Paul Rechsteiner hat schon im Sommer darauf hingewiesen, dass Lohndumping heute vor allem via Temporärarbeit betrieben wird. 41 Prozent der vom Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) kontrollierten Zeitarbeitsfirmen haben die in den Gesamtarbeitsverträgen festgelegten Mindestlöhne nicht eingehalten. Das System der GAV wird damit langsam unterlaufen.

Gewerkschaftsarbeit bleibt also nötig. Dabei ist sie nicht nur hart, sondern hat auch ihre eigentümlichen Reize und Belohnungen (vgl. die WOZ-Wahlserie auf Seite 5). Die Mindestlohninitiative des Gewerkschaftsbunds bietet dafür einen handfesten Ansatz. Denn die Löhne und Boni oben beschneiden ist schön und gut; die Löhne unten anheben ist noch besser.

Viel hat sich in der Schweizer Wirtschaftselite ja nicht geändert. Oswald Grübel als UBS-Chef abgetreten, und an seine Stelle ist ein neuer Chef gerückt, der die Investmentbanksparte kaum zurückfahren will und beim Amtsantritt vergisst, seine Verwaltungsmandate in Panama offenzulegen.

Und wir werden weiterhin mit Geschwafel zugedeckt. Am FdP-Parteitag hat Fulvio Pelli versucht, seine Partei erneut als Partei der Wirtschaft zu positionieren. Dieser Freisinn, der seinen intellektuellen Ausverkauf jetzt auch im Dilettantismus seiner Werbung dokumentiert („Gewinnen Sie ein Bier mit Johann Schneider-Amman“), empfiehlt in der gegenwärtigen Krise einen „Generalangriff auf staatlich beeinflussbare Produktionskosten der unternehmen“, also: Bürokratiestopp, Steuersenkungen und mehr Freihandelsabkommen. Auch das Feindbild ist das alte geblieben: „Im Inland wird die radikalisierte Linke gefährlich (...). Sie schürft eine Neiddebatte“, heisst es in einem FDP-Faktenblatt zu den Wahlen, und der Lapsus entspricht dem Niveau des Denkens. Die CVP redet von „sozialer Marktwirtschaft“ und tut nichts dafür. Die SVP schweigt beredt zur Wirtschaft oder hält am Mythos fest, dass sie nur von Schweizern gemacht wird, während ihre Bauunternehmer eifrig beim Lohndumping mittun. Und der Zürcher Gewerbeverband, dessen KMU-Mitglieder vom Lohndumping der Grossunternehmen existenziell betroffen sind, redet vom „schlanken Staat als Mass der Dinge“ und empfiehlt für die Wahl nach Bern den „rechten FdP-Flügel sowie pragmatische SVPler“ – wozu auch ein Ulrich Schlüer und ein Ständeratskandidat Christoph Blocher gezählt werden.

Was sich auf bürgerlicher Seite als WirtschaftsexpertInnen geriert, hat nur das überkommene Mantra anzubieten: Lohn- und Sozialabbau, Steuersenkungen, weniger Staat. Die Wirtschaftskrise ist auch eine Krise der Form, wie man über die Wirtschaft, wie man über den steinernen Gast spricht.

Die Frage, die sich vor dem Ausfüllen der Wahlzettel am 23. Oktober stellt, lautet: Wer sind die tatsächlichen WirtschaftsexpertInnen? Wohl doch die, die auch in den Niederungen kämpfen: um bessere Löhne und Arbeitsbedingungen, um wirklich zukunftsgerichtete Investitionsprogramme und gleiche Chancen für alle.

Stefan Howald.

WOZ. Donnerstag, 2011-10-06.

WOZ > Lohndumping. 2011-10-06.doc.